

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands
3. JUNI 1965

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/103

Bonn, den 1. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Viermächte-Verantwortung ist unteilbar</u> 5. Juni 1945 - Eine notwendige Erinnerung	34
2 - 3	<u>Nicht erst seit gestern</u> Sozialdemokratische Vertriebenenpolitik begann schon 1945 Eine aufschlußreiche Flüchtlingskonferenz in Gießen Von Willi Jäger	78
4 - 5	<u>Zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg</u> Zur Tagung sozialistischer Verleger in Wien Von F. Konecny, Wien	88
6	<u>Paris-Moskau und Deutschland</u> Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	48

+ + +

Viermächte-Verantwortung ist unteilbar

5. Juni 1945 - Eine notwendige Erinnerung

sp - Am 5. Juni 1945 unterzeichneten die alliierten Militärbefehlshaber die Erklärung zur Übernahme der deutschen Staatsgewalt durch die Alliierten. An diesem denkwürdigen Tag vor 20 Jahren wurde der Schlußpunkt unter ein trauriges Kapitel deutscher Geschichte gesetzt.

Die vier Oberbefehlshaber bildeten von nun an den Kontrollrat mit Sitz in Berlin, der über die Fragen entscheiden sollte, die Deutschland als Ganzes betrafen und von wesentlicher Bedeutung waren. Kein Zweifel, der Zerstückelung Deutschlands in vier Besatzungszonen war damit als Grenze die gemeinsame Verantwortung für den noch juristisch fortbestehenden deutschen Staat in seinen Grenzen von 1937 gesetzt worden. Darüber hinaus wurde ausdrücklich festgestellt, daß die nunmehr den Alliierten zustehende Regierungsgewalt keine Annektierung Deutschlands bewirke und seine Grenzen zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt würden. Obgleich die Funktionsunfähigkeit des Kontrollrates bald bittere Wahrheit wurde, so blieb damit dennoch die in der Erklärung niedergelegte Forderung bestehen, Deutschland als Ganzes zu erhalten. Selbst die Herauslösung auch nur einer Besatzungszone aus dem deutschen Staatsverband mußte gegen diese Abmachung verstoßen, weil der Verzicht auf Annektionen für die Alliierten nur bedeuten konnte, keine Herauslösung der von ihnen besetzten und vorläufig regierten Gebiete zu betreiben.

Die gemeinsame Verantwortung für die Deutschlandfrage ergibt sich daraus geradezu zwangsläufig. Jahrelang wurde dies von der Sowjetunion anerkannt. Daher ist die Feststellung gestattet, daß in jenen Jahren die Ausgangsposition für die Wiedervereinigung vielleicht günstiger war als heute, wo die Sowjets Ulbricht als Strohmann an den Verhandlungstisch zu setzen versuchen. Kurt Schumacher hatte frühzeitig erkannt, daß Deutschland in erster Linie nur diejenigen wiedervereinigen können, die seine Spaltung vollzogen haben. Deshalb muß die von Charles de Gaulle angestrebte Europäisierung des Deutschlandproblems, bei Ausschaltung der Vereinigten Staaten unseren Widerspruch gleichermaßen hervorrufen. Es ist deshalb durchaus angebracht, darauf hinzuweisen, daß auch das mit der Bundesrepublik verbündete Frankreich an die von ihm gegebene vertragliche Zusicherung gebunden ist, den Boden der Viermächte-Verantwortung nicht zu verlassen.

Nicht erst seit gestern

Sozialdemokratische Vertriebenenpolitik begann schon 1945

Eine aufschlussreiche Flüchtlingskonferenz in Giessen

Von Willi Jäger

Über das vergangene Wochenende fand in Giessen eine Vertriebenen- und Flüchtlingskonferenz der SPD-Bezirke Hessen-Süd und -Nord statt. Veranstaltungen dieser Art gehören seit fast zwei Jahrzehnten zu den organisatorischen Selbstverständlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Noch ehe es landsmannschaftliche Zusammenschlüsse oder Vertriebenenverbände gab, nahmen sich die Sozialdemokraten bereits der heimatvertriebenen Landsleute an. Schon im Jahre 1946 appellierte die SPD "an die Vernunft aller Fortschrittlichen und friedensliebenden Elemente der ganzen Welt, um dem deutschen Volke die ausreichende territoriale Lebensgrundlage zu gewährleisten". Der Parteivorsitzende Dr. Kurt Schumacher erklärte im selben Jahr: "Wir deutschen Sozialdemokraten werden mit allen Mitteln friedlicher Politik und unter dauerndem Appell an das Gewissen der Welt um jeden Quadratkilometer östlich der Oder und Neisse kämpfen". Wenig bekannt ist es, dass sogar in der sowjetischen Besatzungszone bis zur Gründung der SED eine wohlorganisierte Vertriebenenbetreuung der Sozialdemokratischen Partei bestand. In Weimar veranstaltete der SPD-Landesverband Thüringen am 11. November 1945 eine "Umsiedlerkonferenz". (Die Sprachregelung der sowjetischen Besatzungsmacht erlaubte für die Heimatvertriebenen nur die Bezeichnung "Umsiedler".) Die hessischen Sozialdemokraten beriefen 1946 in der damals arg zerstörten Stadt Frankfurt am Main ihre erste grosse Vertriebenenversammlung auf Landesebene ein. Als Tagungsort diente eine notdürftig reparierte grosse Werkhalle.

In Giessen wurde jetzt eine Zwischenbilanz der sozialdemokratischen Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik des Landes Hessen gezogen. Der hessische Innenminister Heinrich Schneider berichtete über die Betreuungsmassnahmen der Regierung Zinn für die 1,3 Millionen in Hessen lebenden Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Die Wiesbadener Landesregierung habe stets gezielte Hilfen schnell und ohne grosseren bürokratischen Aufwand gewährt. Hessen sei das erste Land der Bundesrepublik gewesen, das feste Unterkünfte für Flüchtlinge und Vertriebenen baute. Zur beschleunigten Eingliederung der etwa 26% "Neubürger"

wurde im Jahre 1950 der "Hessenplan" aufgestellt. In diesem Zusammenhang dankte der Minister seinem damaligen Stellvertreter als Ministerialdirektor, dem jetzigen Bundestagsabgeordneten und BdV-Präsidenten Dr. h.c. Wenzel Jaksch. Mit Hilfe des Hessenplanes wurden Wohnungen in wirtschaftlichen Ballungsgebieten errichtet, um Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten an die Arbeitsplätze heranzubringen. Gleichzeitig wurden aber auch Wohnungen dort geschaffen, wo Vertriebene und Flüchtlinge bereits eine Bleibe gefunden hätten. So entstanden zusätzliche Arbeitsplätze und neue Betriebe wurden in den entwicklungs-fähigen Teilen des Landes, insbesondere im Zonenrandgebiet gegründet. Die hessische Regierung war auch darum bemüht, die mit viel Fleiße und unter empfindlichen Opfern aufgebauten neuen Existenzen krisenfest zu machen. In Hessen haben mehr als 4.000 Vertriebene und SPD-Flüchtlinge neue selbständige Existenzen gründen können, wodurch rund 208000 Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Die Landesregierung hat dafür 600 Millionen D-Mark investiert. Die geförderten Betriebe brachten nicht nur für die Vertriebenen und Flüchtlinge, sondern auch für weite Kreise der einheimischen Bevölkerung viele Verdienstmöglichkeiten. Aus Hilfesuchenden wurden Gebende.

Unter schwierigsten Bedingungen gelang es im dicht besiedelten Hessen, auch 14600 Bauernfamilien aus dem Osten und aus Mitteldeutschland wieder anzusiedeln. Sein Bedauern sprach der hessische Innenminister darüber aus, dass die Bundesregierung und die Bonner Koalitionsparteien die rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen und Vertriebenen vermindert haben. Wörtlich erklärte er: "Ich bin der Ansicht, dass alle, die ihre Heimat verlassen mussten - unabhängig davon, ob sie aus ihr vertrieben wurden oder vor dem Terror flohen - auch Anspruch auf gleiche Behandlung haben." Heinrich Schneider fand in diesem Zusammenhang Dankesworte für seinen langjährigen Staatssekretär Dr. Erich Schuster, der noch heute als Vizepräsident des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge für seine mitteldeutschen Landsleute tätig ist.

Rund 600 sozialdemokratische Vertriebenen- und Flüchtlingsbetreuer sowie Verbandsvertreter waren nach Giessen gekommen, um an dem Kongress im dortigen Notaufnahmelager teilzunehmen. Sie hatten sich nur zu einem Teil mit landespolitischen Problemen zu befassen. Referate des Berliner SPD-Vorsitzenden Kurt Mattick über "Leistungen und Haltung der mitteldeutschen und Berliner Bevölkerung im Kampf um die Wiedervereinigung", des Bundestagsabgeordneten Hans Merten über "die deutsche Frage in gesamtdeutscher Sicht" sowie des Bundestags-Ausschussvorsitzenden und BdV-Vizepräsidenten Reinhold Rehs über "Heimatpolitische und materielle Probleme der Vertriebenen" sprengten den regionalen Rahmen dieser Tagung. Für alle Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik war dieser Landeskongress ein Massstab dafür, was sie von einer sozialdemokratischen Bundesregierung zu erwarten haben.

Zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg

Zur Tagung sozialistischer Verleger in Wien

Von F. Konecny, Wien

"Was bleibt dann noch übrig (von der Welt)? Eine Schachtel voll Buchstaben, und das ist nicht viel ... Aber es ist das einzige, was der Mensch bis heute als Waffe zur Verteidigung seiner Menschenwürde erfunden hat." Diese Worte des kroatischen Dichters Miroslav Krleša, zitiert vom österreichischen Justizminister Dr. Broda, waren mehr als eine höfliche Verbeugung vor den zur 17. Tagung der Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler Versammelten. Aus ihnen sprach die ehrliche Anerkennung für das verantwortungsvolle Wirken der Buchhändler und Verleger, dessen Bedeutung gerade durch diese Tagung neuerlich bewiesen wurde.

Vom 27. bis 30. Mai 1965 hatten sich rund 60 Buchhändler und Verleger, überwiegend aus dem deutschen Sprachraum, in Wien versammelt, um unter dem Vorsitz von Verlagsdirektor Gustav Schmidt-Küstler über Berufsfragen zu beraten. Die überragende Bedeutung des Buches brachte es mit sich, daß diese Beratungen keine Fachsimpelei waren, sondern daß allgemein aktuelle Fragen von einem besonderen Standpunkt beleuchtet wurden. Neben den Beratungen im eigenen Kreis, die in persönlichen Gesprächen zwischen den einzelnen Teilnehmern eine wertvolle Ergänzung fanden, standen Vorträge des Justizministers Dr. Christian Broda und des Boyens der österreichischen Arbeiterichtung, Professor Dr. Josef Luitpold Stern, auf dem Programm. Ein umfangreiches Besichtigungsprogramm in der österreichischen Bundeshauptstadt und ein Empfang bei dem gerade erst zum Bundespräsidenten gewählten Wiener Bürgermeister Franz Jonas rundeten das Bild der Tagung ab.

Das Thema, das dem österreichischen Justizminister gestellt worden war, hätte auch als Motto über der ganzen Tagung stehen können. "Zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg" hat sich nicht nur vieles geändert, wie Dr. Broda überzeugend nachwies, es ist auch an der Zeit, vieles als feststehend angesehen zu überprüfen. Und das geschah bei dieser Tagung auch ausgiebig. Es ging dabei nicht nur um Fachfragen im engeren Sinn, wie um das gespannte Verhältnis zwischen Verlegern und Sortiment-Buchhändlern, sondern vor allem um grundlegende Probleme wie beispielsweise die Möglichkeit, mit Eichern Entwicklungshilfe im geistigen Sinn zu leisten. Gerade an dieser Frage erwies es sich, daß manch himmelstürmender Optimismus der letzten Jahre an den realen Gegebenheiten gescheitert ist. Es gilt nun, die Dinge neu in den Griff zu bekommen. Es wäre verfehlt, nun von Ratlosigkeit zu sprechen. Tatsache aber ist es, daß die Schwierigkeiten eines geistigen Einwirkens auf die Menschen in Asien, Afrika und Südamerika unterschätzt wurden. Nach mühsamer Vorarbeit ist es zwar gelungen, mit Hilfe der Sozialistischen Internationale wenigstens ein Buch in englischer Sprache herzustellen, nun aber stellt sich die Frage der Wege der Verbreitung in den Entwicklungsländern mit doppelter Dringlichkeit. Es wurde bisher kein Weg gefunden, den Vertrieb in diesen Ländern auch tatsächlich sicherzustellen.

Eine andere Schwierigkeit zeigte sich anhand eines weiteren Projektes der Sozialistischen Internationale. Diese wird sozialistischen Parteien in Entwicklungsländern Handbüchereien zur Verfügung stellen. Aber diesen Büchereien fehlt die wirkliche geistige Universalität: In ihnen sind fast nur englischsprachige Autoren vertreten, weil es an geeigneten Übersetzungen wesentlicher deutschsprachiger Werke und Autoren fehlt.

Ein zweites Zentralthema der Beratungen war das Problem der Arbeiterdichtung. Sicher ist nur, daß die alte Arbeiterdichtung - die Dichtung des "Schweiß und Hammerschlag", wie es ein Teilnehmer formulierte - tot ist. Die moderne Industriewelt wirft aber eine derartige Fülle von Problemen auf, daß die Literatur an ihnen nicht vorbeigehen kann, wenn sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden will. Es ist klar, daß nur ein geringer Teil dieser notwendigen literarischen Beiträge von Arbeitenden selbst zu erwarten ist. Einzelbeispiele wie Max von der Gruen, der an der Tagung teilnahm, geben zwar neue Impulse, die Probleme der Arbeitswelt, die die alten Klassengrenzen längst gesprengt haben, müssen aber von allen Seiten angepackt werden. Aus den Berichten der einzelnen Verlage ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß sich die sozialistischen Verleger dieser Notwendigkeit voll bewußt sind. Von den verschiedensten Ansatzpunkten her werden Bemühungen unternommen, neue literarische Kräfte zu erschließen. Die Ernsthaftigkeit dieser Bestrebungen wird noch unterstrichen durch die interessanten Vorschläge, diese Bemühungen zu koordinieren und dadurch größere Wirksamkeit zu erzielen.

Wenn Dr. Christian Broda in seinem Referat davon sprach, daß es in der westlichen Welt mehr und mehr außer Streit gestellt wird, daß die Wirtschaft eine öffentliche Angelegenheit ist, so gilt das in gesteigertem Maße auch für einen Wirtschaftszweig, der so sehr auf das Denken der Bevölkerung Einfluß nehmen kann, wie Verlagswesen und Buchhandel.

Man kann den Konzentrationsbestrebungen auf diesem Sektor ablehnend oder positiv gegenüberstehen, bei der Tagung wurden dazu verschiedene Meinungen laut, die Verantwortung wächst gerade mit dieser Entwicklung.

Die Tagung der Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler ist im Bewußtsein dieser Verantwortung verlaufen. Der Anerkennung der geänderten Voraussetzungen werden - das wurde von allen Tagungsteilnehmern unterstrichen - die geeigneten Maßnahmen folgen müssen.

Paris-Moskau und Deutschland

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Bundeskanzler Erhard und seine Minister hätten sich in den letzten Jahren viele außenpolitische Schlappen, Mißerfolge und Enttäuschungen ersparen können, wenn sie den SPD-Pressedienst aufmerksamer gelesen und ernst genommen hätten. In ihren Beziehungen mit Frankreich kommt die Bonner Diplomatik zuweilen zu Entdeckungen oder sucht nach Zusammenhängen, auf die hier schon seit Jahren immer wieder hingewiesen wird.

Zur Zeit ist der letzte Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko bei General de Gaulle Anlaß zu Sorgen und Anfragen in Bonn. Das französisch-sowjetische Verhältnis wird voraussichtlich das Hauptgesprächsthema der nächsten Begegnung Erhard - de Gaulle sein. In Wirklichkeit war der sowjetische Außenministerbesuch in Paris durchaus kein sensationelles Ereignis, sondern in seiner Bedeutung und Tragweite längst vorhergesehen.

Just an diesem 20. Jahrestag des Kriegsendes 1945 wird man mit Nachdruck daran erinnert, daß Frankreich und Rußland in zwei Weltkriegen Verbündete gegen Deutschland waren. Gerade General de Gaulle war es ja, der 1944 in Moskau mit Stalin den Pakt zwischen beiden Ländern - dessen Grundlagen 1935 von Pierre Laval in Moskau gelegt worden waren - erneuerte und besiegelte, damals im vollen Einvernehmen und mit Zustimmung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Dieser Pakt wurde erst 1955 von der Sowjetunion gekündigt, sozusagen als "Strafe" für die guten Beziehungen Frankreichs mit der Deutschen Bundesrepublik.

In Paris weist man darauf hin, daß die Initiative zu einer Entspannung mit der Sowjetunion nicht von Frankreich kommt, sondern von Washington, ohne vorherige Konsultierung der westeuropäischen Verbündeten. Man erinnert sich, daß de Gaulle damals als Störenfried der amerikanisch-sowjetischen Sondierungen galt.

Tatsächlich entstand in Frankreich der Verdacht, Washington könnte sich mit Moskau wieder einmal wie schon in Jalta und Potsdam über Europa und auf Kosten Europas einigen und auf diese Weise die "Hegemonie" der beiden Supermächte befestigen. Von diesem Zeitpunkt an begann de Gaulle in verstärktem Maße eigene Wege zu gehen. Die Beendigung des Algerienkrieges gab ihm endlich freie Hand auf der internationalen Bühne. Das gute Verhältnis Frankreichs nicht nur mit Ben Bella, sondern mit fast allen jungen Republiken des afrikanischen Kontinents förderte de Gaulles Popularität in der ganzen "dritten Welt" der Entwicklungsländer, insbesondere in Asien und Lateinamerika und machte ihn nach und nach zum Gegenspieler der Vereinigten Staaten.

Durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking erzwang de Gaulle ein Zwiesgespräch mit Moskau. Selbstverständlich war der Kreml zuerst durch die Aufnahme französisch-chinesischer Beziehungen schockiert und verärgert, bemühte sich aber dann um so mehr um die "Gunst" des Elysée. Das war genau das, was de Gaulle erstrebt hatte.

An diesem Trend werden voraussichtlich weder Briefwechsel zwischen Bonn und Paris noch die Kaminggespräche de Gaulle - Erhard Anfang Juni etwas ändern. Die Bundesrepublik wird dieser Entwicklung früher oder später Rechnung tragen müssen, wenn es nicht zu neuen Enttäuschungen kommen soll.